

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Donnerstag, 03.09.2020

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Frau Annette Schütze - SPD

Herr Thorsten Wendt - CDU

Frau Astrid Buchholz - BIBS

Frau Annegret Ihbe - SPD

Vertretung für: Frau Annette Johannes

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Herr Dr. Hans E. Müller - AfD

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Frau Annika Naber - B90/GRÜNE

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Herr Oliver Schatta - CDU

Vertretung für: Herrn Kurt Schrader

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P²

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Michael Baumgart - B90/GRÜNE

Frau Elke Böttcher - AfD

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

Frau Christine Wolnik -

Frau Elke Böttcher - AfD

Herr Karl Grziwa - CDU

Herr Rolf Kamphenkel - Behindertenbeirat e. V.

Vertretung für: Herrn Olaf Gedrowitz

Herr Matthias Konrad - Sprecher AGW Vertreter

Verwaltung

Frau Dr. Christine Arbogast - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether – FBL 50

Herr Michael Künzler – FB 50

Frau Annette Parchem – FB 50

Frau Dr. Sandra Dittmann – Ref.L. 0500
Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte
Herr Jannik Bärenz – FB 50
Herr Jörg Ohse – FB 50

Gäste

Frau Katrin Miehe-Scholz – Jobcenter Braunschweig
Herr Axel Halbauer – Jobcenter Braunschweig

Protokollführung

Frau Natalie Biermann – FB 50

Abwesend

Mitglieder

Frau Annette Johannes - SPD	entschuldigt
Herr Kurt Schrader - CDU	entschuldigt
Herr Armin Graßhoff -	entschuldigt
Herr Andreas Paruszewski -	entschuldigt
Herr Olaf Gedowitz - Vertreter Vorstand Behindertenbeirat	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.06.2020
- 3 Aktueller Sachstand zur Corona-Pandemie
- 4 Schlaglichter Soziales Braunschweig
- 5 Bekenntnis der Kommune zum Mütterzentrum Braunschweig e. V./MehrGenerationenHaus im Rahmen des neuen Bundesprogramms "Mehrgenerationenhaus. Miteinander - Füreinander" (2021-2028) 20-13943
- 6 Gewährung einer zusätzlichen Zuwendung an den AWO Kreisverband Braunschweig für die Erweiterung der Kapazitäten des Frauенhauses Braunschweig. 20-13899
- 7 Flüchtlingsangelegenheiten
- 8 Mitteilungen
 - 8.1 mündliche Mitteilungen
 - 8.2 Halbjahresbericht 2020 des Jobcenter Braunschweig 20-13988

8.3	Stand und Perspektive Bildungsbüro	20-13905
8.4	Ankauf auslaufender Belegungs- und Mietpreisbindungen der Ni- belungen Wohnbau GmbH (NiWo)	20-14006
8.5	Jahresbericht 2019 Projekt "Streetwork"	20-13998
8.6	Bericht Corona im Gesundheitsamt Braunschweig	20-14170
9	Anträge	
9.1	Ambulante Pflegedienste bei Parkerlaubnissen unterstützen	20-14036
9.1.1	Ambulante Pflegedienste bei Parkerlaubnissen unterstützen	20-14036-01
10	Anfragen	
10.1	Nutzung der Corona-Warn-App in Braunschweig	20-14003
10.2	Nutzung der Corona-Warn-App in Braunschweig	20-14003-01

Nichtöffentlicher Teil:

11	Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung	
12	Auftragsvergabe für den Sicherheitsdienst in der Erstaufnahmeein- richtung für den Fachbereich Soziales und Gesundheit	20-13960
13	Auftragsvergabe für den Sicherheitsdienst am Wohnstandort Ölper für den Fachbereich Soziales und Gesundheit	20-13961

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.06.2020

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Das Protokoll wird genehmigt.

3. Aktueller Sachstand zur Corona-Pandemie

Frau Dr. Arbogast berichtet, dass die Anzahl der Neuinfektionen täglich niedrig einstellig sei, leicht steigend, insgesamt aber stabil. Das Durchschnittsalter der Erkrankten betrage akutell 26 Jahre, am Anfang der Pandemie betrug es noch 50 Jahre. Braunschweig habe 18 Todesfälle zu verzeichnen, den letzten am 10. Juni 2020. Die Maßnahmen würden greifen. Schwerpunkt der schwierigen Krankheitsverläufe wäre im April/Mai gewesen, jetzt seien die Verläufe weniger dramatisch. Insgesamt sei die Dezernentin vorsichtig optimistisch, nun müsse man schauen was die kalte Jahreszeit an Veränderungen bringe.

In KiTas und Schulen seien die Maßnahmen gut einstudiert. Der Schulstart sei insgesamt positiv verlaufen. Hygienekonzepte würden umgesetzt. Einen bestätigten Fall einer Virusinfektion gäbe es an der Nibelungen-Realschule. Die Rückverfolgung von Infektionsketten und Quarantänemaßnahmen liefen bereits.

Bei den Infizierten betrage das Verhältnis zwischen Reiserückkehrern und im Inland infizierten in Braunschweig ca. 50:50. Das Land Niedersachsen plane die Lehrer bis Herbst kostenlos testen zu lassen, dies beträfe aber nur Landesbedienstete.

Herr Klockgether berichtet, dass im Gesundheitsamt ein Personalwechsel im Bereich der Containmentaufgaben stattfände. Die Anwärter des gehobenen Dienstes seien wieder im schulischen Teil der Ausbildung, ab jetzt würden 14 Anwärter des mittleren Dienstes das Gesundheitsamt bis November unterstützen. Die Personalsituation ist insgesamt etwas besser, man sei gerüstet für die kommenden Herausforderungen.

Frau Dr. Arbogast erklärt, dass man bedenken müsse, dass weiterhin eine Pandemie herrsche. Das Gesundheitsamt arbeite nach wie vor nicht unter Normalbedingungen.

Ratsfrau Mundlos fragt nach, ob es bislang Corona-Fälle in Braunschweiger KiTas gäbe.

Frau Dr. Arbogast beantwortet, dass es in Braunschweig bisher keinen Fall gäbe. In anderen Kommunen hingegen schon.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schütze berichtet, dass die Strategie zur Testung des Landes Niedersachsen sich nicht verändert habe. Sie habe Verständnis, dass die neben Corona weiter existierenden Aufgaben des Gesundheitsamtes nicht so schnell bearbeitet werden würden wie üblich. Die Versorgung im städtischen Klinikum sei aktuell gut, 10% der Intensivbetten würden für Covid-19-Patienten vorgehalten.

4. Schlaglichter Soziales Braunschweig

Die Präsentation von Frau Dr. Dittmann ist dem Protokoll als Anlage Nr. 1 beigefügt.

Ratsfrau Naber fragt nach, ob Altenhilfe- und Pflegeplanung im Planungsbereich Heidberg-Melverode betrachtet werde und wie dies Teil des Schlaglichterberichts sei.

Frau Dr. Dittmann antwortet es werde die Altenhilfe- und die Pflegeplanung betrachtet. Die Ergebnisse des Schlaglichterberichts würden auch in die Bereiche zurückfließen.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schütze ergänzt, dass zunächst eine Bedarfsermittlung stattfände, anhand derer dann Ableitungen getroffen würden, welche Maßnahmen notwendig seien.

Ratsfrau Ohnesorge weist auf Schwierigkeiten insbesondere im Planungsbereich Weststadt hin und auf die hohe Zahl an Einpersonen-Haushalten. Sie sehe große Herausforderungen zukünftig auf die Stadt zukommen, insbesondere durch die Corona Pandemie. Sie wünsche sich einen fundierten Bericht für 2021, um die Folgen der Pandemie abfedern zu können.

Frau Dr. Dittmann stimmt dem zu und weist darauf hin, dass die Folgen der Pandemie auch langfristiger Natur sein würden und nicht nur in einem Bericht für 2021 sichtbar werden würden.

Ratsfrau Jaschinski-Gaus fragt nach, ob die erhobenen Zahlen und Daten auch in den kommenden Jahren fortgeschrieben werden würden.

Frau Dr. Dittmann antwortet, dass dies grundsätzlich geschehe. Es werde immer einen zeitlichen Gap zwischen dem untersuchten Zeitpunkt und dem dann veröffentlichten Sozialbericht geben und die zeitlichen Abstände der zukünftigen Sozialberichte seien noch nicht klar. Es sei aber ein jährliches Monitoring für alle Planungsbereiche geplant.

5. **Bekenntnis der Kommune zum Mütterzentrum Braunschweig e. V./MehrGenerationenHaus im Rahmen des neuen Bundesprogramms "Mehrgenerationenhaus. Miteinander - Füreinander" (2021-2028)** 20-13943

Herr Klockgether führt aus, dass das Mütterzentrum bereits langjährig gefördert werde. Das Bundesprogramm zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern werde für die Jahre 2021 bis 2028 neu aufgelegt. Um die Förderung zu erhalten müsse sich die Kommune durch Ratsbeschluss zum Mehrgenerationenhaus in Braunschweig bekennen.

Ratsfrau Ohnesorge hebt die gute Arbeit des Mütterzentrums e.V. hervor. Dieser Beschluss sei ein Routinebeschluss dem sie gerne zustimme.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schütze begrüßt den Beschluss und bezeichnet die Arbeit des Mütterzentrums Braunschweig e.V. ebenfalls als sehr erfolgreich.

Ratsfrau Mundlos merkt an, dass die Erweiterung der Förderkulisse positiv zu sehen sei.

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig bindet das Mütterzentrum Braunschweig e.V./MehrGenerationenHaus in die Koordinierung der vorhandenen und geplanten Aktivitäten zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, insbesondere zur Schaffung guter Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger, sowie der kommunalen Planungen beziehungsweise Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses ein und bekennt sich ausdrücklich zu ihrem MehrGenerationenHaus. Der Beschluss umfasst die Laufzeit des Bundesprogramms (01.01.2021 bis 31.12.2028).

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. **Gewährung einer zusätzlichen Zuwendung an den AWO Kreisverband Braunschweig für die Erweiterung der Kapazitäten des Frauenhauses Braunschweig.** 20-13899

Frau Dr. Arbogast führt aus, dass die Stadt zu Beginn des Lockdowns aufgrund der Kontaktbeschränkungen eine Zunahme von häuslicher Gewalt befürchtet hätte. Außerdem läge die Stadt Braunschweig unter der durch die Istanbul Konvention empfohlenen Anzahl an Betreuungsplätzen pro Einwohner, eine Erweiterung der Kapazitäten des Frauenhauses wäre daher notwendig geworden.

Ratsherr Wendt erfragt was in diesem Falle der verdeckte Zuschuss sei.

Herr Klockgether beantwortet, dass die Förderung durch Bereitstellung einer Immobilie und nicht in finanzieller Form als „verdeckter“ Zuschuss bezeichnet werde.

Beschluss:

1. Dem Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Braunschweig e.V. (AWO) wird für das Jahr 2020 neben der mit dem Haushaltplan 2020 beschlossenen Zuwendung i. H. v. 229.000 € eine zusätzliche Zuwendung im Rahmen der Projektförderung als Fehlbetragsfinanzierung in Höhe von 38.640,66 € gewährt.
2. Der AWO wird für die Miet- und Betriebskosten für den zusätzlichen Frauenhausstandort ein verdeckter Zuschuss von zurzeit 255.235,20 €/Jahr gewährt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Flüchtlingsangelegenheiten

Frau Dr. Arbogast berichtet, dass der Stadt Braunschweig im August 36 Personen und zu dem drei unbegleitete Minderjährige zugewiesen worden seien. Davon seien 20 Personen im Wohnstandort Ölper untergebracht. In der Saarbrückener Straße gehe im November eine Erstaufnahmestelle in Betrieb, von da aus würden die Geflüchteten in die Wohnstandorte umverteilt. Die Kapazität betrage eigentlich 100 Personen, aber unter Einhaltung der Hygienevorschriften könnten dort lediglich 70-80 Personen aufgenommen werden. Für die Einrichtung werde der Sicherheitsdienst wie bisher ausgeschrieben, dieser werde auch nachts mit zwei Personen vor Ort sein. Die angedachte Reduzierung des nächtlichen Sicherheitsdienstes auf eine Person sei rechtlich nicht zulässig.

8. Mitteilungen

8.1. mündliche Mitteilungen

Frau Dr. Arbogast berichtet zur Hebammenzentrale, dass Pro Familia drei Hebammen gefunden habe, von denen zwei wieder abgesprungen seien. Eine habe jetzt aber fest zugesagt und beginne zum 16. September 2020. Dazu werde noch eine 450€ - Kraft gesucht. Am 13. Oktober 2020 werde es ein Treffen mit anderen Kommunen aus der Region zum Thema Hebammenzentrale geben.

Frau Dr. Arbogast berichtet zum Brand in der Wohnungslosenunterkunft An der Horst, dass kein technischer Defekt vorgelegen habe. Der Schaden betrage 262.000 € inkl. Elementarschaden. Zukünftig werde ab dem 1. September 2020 mit Ausnahmen und ab dem 1. Oktober 2020 vollumfänglich, ein Sicherheitsdienst ständig an der Wohnungslosenunterkunft vor Ort sein. Die Vergabe des Sicherheitsdienstes läuft bis zum 31. März 2021, danach müsse erneut ausgeschrieben werden.

Ratsfrau Naber fragt nach, ob sich der Sicherheitsdienst im Büro des Gebäudes aufhalten werde.

Frau Dr. Arbogast beantwortet, dass der Sicherheitsdienst im und um das Gebäude unterwegs sein werde. Zudem werde die Brandschutzanlage des Gebäudes nachgebessert.

Herr Klockgether berichtet zur Personalsituation des Gesundheitsamtes, dass es ab dem 1. Oktober 2020 eine neue amtsärztliche Leistung des Gesundheitsamts geben werde. Zudem werde aller Voraussicht nach auch die Leitung des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes bald nachbesetzt werden können.

Die Mitteilungen wurden zur Kenntnis genommen.

8.2. Halbjahresbericht 2020 des Jobcenter Braunschweig

20-13988

Die stellvertretende Geschäftsführerin des Jobcenters Braunschweig Frau Miehe-Scholz berichtet, dass die Neuaufstellung des Jobcenters zum 1. April 2020 durch Corona ein Stück weit durcheinander gewürfelt wurde. Man arbeite in Schichten und im Home-Office, um den sozialen Auftrag einerseits und die Gesundheit von Mitarbeitenden und Kunden andererseits sicherzustellen. Das Maßnahmengeschäft sei zwischenzeitlich zum Erliegen gekommen, erst mit neuen Maßnahmeideen sowie neuen Hygienekonzepten konnte im Juli wieder mit Präsenzangeboten angefangen werden mit bis zu 50% der Teilnehmenden. Aktuell seien alle Maßnahmestände besetzt. Das Beschwerdeaufkommen sei seit Beginn der Pandemie geringer geworden. Nun liege der Fokus auf der telefonischen Kundenberatung und auf Beratungen in mit allen einschlägigen Hygienevorschriften eingerichteten Besprechungsräumen. Es stehe ein Projekt mit anderen Jobcentern zur Video-Beratung an, an dem das Jobcenter Braunschweig beteiligt würde.

Ratsfrau Jaschinski-Gaus erfragt wie eine Video-Beratung ablaufen würde, insbesondere mit Kunden die keine entsprechende Hardware besäße.

Frau Miehe-Scholz antwortet, dass diese Kunden nicht von der Video-Beratung Gebrauch machen könnten.

Ratsfrau Seiffert fragt nach, welche Maßnahmen bei den ca. 100 Kunden U25 durchgeführt werden würden.

Frau Miehe-Scholz antwortet, dass es diverse Maßnahmen gebe, von Seminaren zu Tagesstrukturierungen bis hin zu einjährigen Praktika in Betrieben mit anschließender Ausbildung.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schütze fragt nach, wie die Situation bei den Solo-Selbstständigen in Braunschweig aussehe.

Frau Miehe-Scholz antwortet, dass derzeit 156 Solo-Selbstständige in Braunschweig einen Antrag gestellt hätten. Allgemein würden Betrachtungen durchgeführt, ob die Selbstständigkeit auch in Pandemiezeiten für einen Lebensunterhalt reiche. Ist dies nicht der Fall, würden gemeinsam mit dem Kunden Perspektiven und Strategien ermittelt.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schütze fragt nach, wie das Schonvermögen bei Selbstständigen angesetzt werde.

Herr Halbauer, Leiter des Leistungsbereichs des Jobcenter Braunschweig antwortet, dass das Schonvermögen 60.000 € betrage. Diese Summe könne bei guter Altersvorsorge der Solo-Selbstständigen zu Härtefällen führen. Eine Erhöhung werde derzeit diskutiert, dies könne den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitern.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schütze fragt nach, welche Summe zur Erhöhung des Schonvermögens diskutiert werde.

Herr Halbauer antwortet, dass ihm die genaue Höhe nicht bekannt sei, es werde aber eine „deutliche Erhöhung“ zum 1. Oktober 2020 diskutiert, da die bisherige Regelung am 30. September 2020 ausläuft.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

8.3. Stand und Perspektive Bildungsbüro 20-13905

Die Präsentation von Frau Dr. Dittmann ist dem Protokoll als Anlage Nr. 2 beigefügt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

8.4. Ankauf auslaufender Belegungs- und Mietpreisbindungen der Nibelungen Wohnbau GmbH (NiWo) 20-14006

Frau Dr. Arbogast berichtet, dass die Stadt nach Möglichkeit weitere Belegungs- und Mietpreisbindungen ankaufen werde.

Ratsfrau Ohnesorge fügt hinzu, dass die NiWo weiter gestärkt werden soll und appelliert entsprechend an das Gremium. Sie weist darauf hin, dass private Wohnungsanbieter sich viel seltener binden wollen und begrüßt dementsprechend den Ankauf durch die Stadt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

8.5. Jahresbericht 2019 Projekt "Streetwork" 20-13998

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

8.6. Bericht Corona im Gesundheitsamt Braunschweig 20-14170

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

9. Anträge

9.1. Ambulante Pflegedienste bei Parkerlaubnissen unterstützen

20-14036

Die Ausschussvorsitzende Frau Schütze stellt fest, dass die Stadt Braunschweig bereits alle Tagespflegeeinrichtungen über die Möglichkeit der Sonderparkerlaubnis informiert habe und der Erlass der Gebühren nicht möglich sei.

Der Antrag wird zurückgezogen.

9.1.1. Ambulante Pflegedienste bei Parkerlaubnissen unterstützen

20-14036-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

10. Anfragen

10.1. Nutzung der Corona-Warn-App in Braunschweig

20-14003

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

10.2. Nutzung der Corona-Warn-App in Braunschweig

20-14003-01

Bürgermitglied Stühmeier fragt nach, welche Werbemaßnahmen zukünftig seitens der Stadt geplant seien.

Frau Dr. Arbogast beantwortet, dass kein weiteres Video o. ä. geplant sei. In Gesprächen zur Kontaktnachverfolgung und mit positiv getesteten werde auf die App verwiesen.

Herr Klockgether führt aus, dass bereits die Werbung des Bundes für die App sehr weitreichend erfolge. Durch die Warn-App könne direkt das Testergebnis mitgeteilt werden und insbesondere hierin läge ein unmittelbarer Mehrwert für Nutzer.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

gez.
Schütze

gez.
Dr. Arbogast

gez.
Biermann